

4. Workshop Rentenangleichung Ost am 15.3.2011 in Magdeburg

Der vom „Bündnis für die Angleichung der Renten in den neuen Bundesländern“ in Magdeburg durchgeführte Workshop stand im Zeichen der anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt. Die Bündnispartner ver.di, EVG, GEW, GdP, SoVD, Volkssolidarität und BRH gaben ihren Mitgliedern knapp eine Woche vor der Wahl die Möglichkeit, den hochkarätigen Vertreterinnen und Vertretern aus der Landespolitik Fragen zu stellen. Dieses Angebot wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gern angenommen und führte zu regen Diskussionen.



Schon in der Begrüßung verdeutlichte der DGB-Landesvorsitzende Sachsen-Anhalts, Udo Gebhardt, die Problematik. Er würdigte die wirtschaftlichen Leistungen der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern und forderte, dass vergleichbare Lebensleistungen auch durch vergleichbare Renten anerkannt werden müssen.

Direkt im Anschluss stellte Dr. Judith Kerschbaumer, Leiterin des Bereichs Sozialpolitik in der ver.di-Bundesverwaltung, den interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern das ver.di-Modell vor, das vom Bündnis unterstützt wird. Sie rief die Politik auf, das Versprechen des Angleichungsgebots aus dem Einigungsvertrag endlich zu erfüllen.



mehr zum **ver.di-Modell** [hier ...](#)

Im Wesentlichen sieht das ver.di-Modell einen Angleichungszuschlag vor, der die Differenz bei den Rentenwerten von derzeit 3,07 Euro pro Entgeltpunkt ausgleicht und so die Angleichung der Renten beschleunigt. Lebensleistung in der Rente würde so gleichbehandelt werden. Notwendig, so Dr. Kerschbaumer, ist weiterhin eine Angleichung der Löhne und Gehälter durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, gleiche Entgelte in Ost und West und die Stärkung der Tarifbindung in den neuen Bundesländern.



In der von Klaus Michaelis vom SoVD moderierten Diskussion bekamen die Vertreterinnen und Vertreter der Politik die Gelegenheit, ihren Standpunkt zu erläutern und bezogen in einer ersten Runde zu zwei Fragen Stellung:

„Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht die Schaffung eines einheitlichen Rentenrechts in dieser Legislaturperiode vor. Welche Perspektive sehen Sie und Ihre Partei in diesem Zusammenhang für die Angleichung des Rentenwerts Ost?“

Auch die zweite Frage versprach im Wahlkampfendspurt einiges an Brisanz:

„Was wird Ihre Partei in Sachsen-Anhalt unternehmen, um das Anliegen der Angleichung des Rentenwerts Ost auf Bundesebene voranzubringen?“



Andreas Steppuhn (**SPD**) stellte die Wichtigkeit der Rentenangleichung heraus, bedauerte aber zugleich, dass dieses Thema seit der schwarz-gelben Koalition in Berlin aus der politischen Debatte verschwunden sei. Soziale Gerechtigkeit sei nicht vorhanden, solange dieses Problem nicht gelöst sei.

Ähnlicher Ansicht war auch Prof. Dr. Claudia Dalbert (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**). Sie forderte neben einer Rentenangleichung auch die Höherbewertung von Entgeltpunkten bei Geringverdienerinnen und Geringverdienern. Denn eine Altersgrundsicherung auf Arbeitslosengeld II-Niveau sei „beschämend“.

Diese Ansicht teilte Thomas Leimbach (**CDU**) nicht. Er vertrat die Auffassung, eine Verhinderung der Altersarmut sei durch die Grundsicherung erfolgt. Eine Rentenanpassung durch steuerfinanzierte Modelle lehne er ab, da er diese nicht ohne Aufnahme von Krediten für durchführbar halte. Die Rentenangleichung in die Tat umzusetzen würde längere Zeit brauchen und die Mitwirkung der Sozialpartner erfordern.

Dr. Lydia Hüskens (**FDP**) plädierte für eine parteiübergreifende Lösung bei der „alle mehr und nicht weniger haben“. Ihren Vorschlag der Nachversicherung, der bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf breite Ablehnung stieß, sehe sie dennoch für einige Menschen als Lösung an.

Sabine Dirlich (**DIE LINKE**) trat für eine Verbreiterung der Basis der gesetzlichen Rentenversicherung durch eine Erwerbstätigenversicherung ein. Nur so werde Gerechtigkeit geschaffen.

Das Ziel einer Rentenangleichung hatten alle Vertreterinnen und Vertreter der Politik vor Augen und waren sich der besonderen Verantwortung der Parteien bei diesem Thema bewusst.

Während der Vertreter der *SPD* sowie die Vertreterinnen von *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* und der *LINKEN* das ver.di-Modell weitestgehend unterstützen, vermochte der Vertreter der *CDU* das weitere Vorgehen nicht zu präzisieren. Die Vertreterin der *FDP* konnte nur ein Modell vorschlagen, in dem das paritätische Prinzip weiter in den Hintergrund gerückt wird.

Schenkt man der Bundeskanzlerin Glauben, so wird das im Koalitionsvertrag festgehaltene Ziel dieses Jahr verwirklicht. Sie versprach 2009 bei der Eröffnung des 9. Deutschen Seniorentages in Leipzig:

„Ich stehe dazu, dass wir eine solche Angleichung von Ost und West brauchen. Ich würde, wenn sie mich nach dem Zeitraum fragen, sagen, dass das Thema in den ersten beiden Jahren der nächsten Legislaturperiode erledigt sein wird.“ Wir dürfen weiterhin gespannt sein, ob und in welcher Form dieses Versprechen eingehalten wird.

In einem Resümee erläuterte Dr. Alfred Spieler von der Volkssolidarität noch einmal, dass es um Gerechtigkeit und nicht um Almosen gehe. Dazu gehöre, dass ein Angleichungsprozess bei den Löhnen vollzogen werde. Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn könne, so Spieler, im Zuge der EU-Angleichung erfüllt werden.

Den Vertreterinnen und Vertretern der Politik gab er in seinem Schlusswort den Rat mit auf den Weg, die Emotionen der Anwesenden ernst zu nehmen und die Deutsche Einheit auch bei den Renten zu vollziehen.



v.l.n.r. Sabine Dirlich (DIE LINKE), Dr. Lydia Hüskens (FDP), Thomas Leimbach (CDU), Klaus Michaelis (SoVD), Prof. Dr. Claudia Dalbert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Andreas Steppuhn (SPD)

